

Thema: Sparpaket

Das Sparpaket, das die schwarz-gelbe Bundesregierung zur Sanierung der Staatsfinanzen verabschiedet hat, verletzt in fahrlässiger Art und Weise die soziale Balance in Deutschland. Das Paket verstärkt die soziale Schiefelage durch massive Kürzungen im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich und führt dazu, dass viele Menschen weniger in der Tasche haben. Es setzt falsche Anreize und droht die Binnenkonjunktur in Deutschland, die gerade in Gang gekommen ist, wieder abzuwürgen.

Hier will Schwarz-Gelb streichen:

- ▶ **Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung für Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen** (Einsparpotenzial: rd. 1,8 Milliarden Euro pro Jahr)
- ▶ **Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen** (Einsparpotenzial 400 Millionen Euro pro Jahr)
- ▶ **Befristeter Zuschlag für Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen, wenn sie aus dem ALG-I-Bezug fallen** (Einsparpotenzial 200 Millionen Euro pro Jahr)
- ▶ **Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger** (Einsparpotenzial 100 Millionen Euro pro Jahr)
- ▶ Die **Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik** sollen bis 2014 um rund 20,5 Milliarden Euro gekürzt werden (DGB-Berechnungen). Dies betrifft insbesondere Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation, den Existenzgründerzuschuss und Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung (z.B. Vermittlungsgutscheine), auf die es keinen Rechtsanspruch mehr geben soll.
- ▶ Der Bund will die Mittel für die **Städtebauförderung** um die Hälfte von 610 Millionen auf 305 Millionen Euro kürzen. Hiervon sind soziale Projekte (Soziale Stadt) genauso betroffen wie Projekte der Stadterneuerung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter genauso wie Handwerke.
- ▶ Die Programmmittel für die **energetische Gebäudesanierung** werden auch auf die Hälfte zusammengestrichen: von rund 880 Millionen auf rund 440 Millionen Euro. Mit dieser Maßnahme verabschiedet sich Schwarz-Gelb endgültig von den ehrgeizigen Klimaschutzzielen, die noch unter der rot-grünen Bundesregierung vereinbart wurden.

Hier zieht Schwarz-Gelb zurück:

- ▶ Die **Brennelementesteuer**, die von den Atomkonzernen eingezogen werden sollte, war ursprünglich Teil des Sparpakets. Inzwischen hat die Regierung die Steuer auf Druck der Atomlobby in die Verhandlungen über die Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken mit eingebracht. Nachdem es der Atomlobby zudem gelungen ist, die Berechnungsgrundlage der Steuer zu drücken, wird das von Finanzminister Schäuble angekündigte Nettoaufkommen von 2,3 Milliarden Euro auf 1,5 Milliarden Euro sinken. Zudem können die Konzerne die Brennelementesteuer als Betriebsausgaben von Körperschafts- und Gewerbesteuer absetzen – ein zusätzlicher Einnahmeverlust für die Kommunen. Außerdem soll die Brennelementesteuer schon 2016 wieder auslaufen.
- ▶ Die **Luftverkehrsabgabe („Flugticket-Steuer“)** unterscheidet nicht zwischen Business- und Economy-Klasse, hat also keine soziale und nur wenig ökologische Lenkungswirkung. Inwieweit die Fluggesellschaften die Steuer an ihre Kunden weitergeben, bleibt ihnen überlassen.
- ▶ Obwohl es immer auch bei Schwarz-Gelb Lippenbekenntnisse gab, die Verursacher der Finanzkrise zur Finanzierung der Folgen heranzuziehen, werden Finanzinstitute und Banken weiter verschont. Bis heute zahlen die Finanzmärkte keinen Cent für die Bewältigung der Krise. Die **Bankenabgabe**, die die Bundesregierung anstelle einer **Finanztransaktionssteuer** beschlossen hat, müssen am Ende vor allem die Kunden von Sparkassen und Volksbanken – und damit wieder die kleinen Leute – zahlen.